

# Volksstimme

Einzelpreis 35 Milliarden

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pianusch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer: 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 981. — Postzeitungsstelle 2. Nachtrag, Seite 110. — Bezugspreis: Woche vom 12. bis 18. November 200 Milliarden Mark, Abholer 190 Milliarden Mark.

Anzeigen-Grundpreise: Die 106spaltige, 27 Millimeter breite Monoparalettseite beträgt 84 M., auswärts 108 M., Familienanzeigen und Stellensuche 42 M., Vereinskalender 88 M., die dreispaltige, 30 Millimeter breite Reklameseite beträgt 42 M., auswärts 54 M. Der Grundpreis wird vervielfacht mit der Schlüsselzahl des Vereines d. Deutscher Zeitungsverleger, zurzeit 200 Millionen. Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Plagiatvorschriften keine Gewähr. — Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 265.

Magdeburg, Dienstag den 13. November 1923.

34. Jahrgang.

## Ludendorff und Raahr ausgekniffen

### Losows Bayernwehr wird angepöckelt.

Die eidbrüchigen Verräter Raahr und Losow haben sich ihres Sieges über die schwarzweißroten Freunde und Bundesgenossen Ludendorff und Hitler nicht lange ungetrübt freuen können. Sie selbst sind ihnen ja gar nicht so gram, denn sie fühlen sich innerlich mit ihnen fest verbunden. Aber die Massen der beiderseitigen Anhänger verstehen nicht den Verrat aus persönlicher Eitelkeit. Sie nehmen das vorübergehende Zerwürfnis bitter ernst und ergreifen daher Partei für die Verräteren.

Dieser Umschwung setzte schon am Sonnabend ein. Näheres darüber wird weiter unten berichtet. Er verstärkte sich am Sonntag. Die Losowische Bayernwehr und die Landespolizei hatten von dem bürgerlichen Publikum, das zu Tausenden am Sonntag nachmittag die Hauptstraßen füllte, die schwersten Beschimpfungen und Beleidigungen zu ertragen. Offiziere, Soldaten und Polizisten wurden angepöckelt. Und zwar von jüngern Mädchen wie von ältern Matronen, die alle für Ludendorff und Hitler Partei nehmen.

Am Sonntag morgen hatte sich der Verräter Raahr noch aufs hohe Ross gesetzt. Er erließ einen Aufruf, in dem er auf die große Verantwortung hinweist, die ihm durch die Übertragung der gesamten vollziehenden Macht des bayerischen Staates auferlegt worden sei. Er sei verantwortlich für jeden Schritt auf einem schweren mühevollen Weg. In den Jahren verantwortlicher Arbeit seit dem Zusammenbruch habe er die Möglichkeiten und Gefahren dieses Weges ausgeprobt und er gehe ihn jetzt.

Ich darf mir diesen Weg nicht zerstören lassen durch Bestrebungen, die nach meiner nicht begründeten Überzeugung zum sichern Untergang führen müssen, weil sie auf Utopien beruhen, weil ihnen die praktische Kenntnis des Möglichen, die nötige Vorbereitung fehlt, weil sie die Früchte pflücken wollen, ehe sie reif sind, auch wenn ihr vaterländisches Wollen rein und groß ist.

Am Sonntag nachmittag demonstrierten die monarchistischen Massen Münchens und am Abend sank dem starken Manne, der schon einmal vor Hitler zusammengeknickt war wie ein Strohalm, abermals der Mut unter die Stiefelsohlen. Er verließ München und wird nun wohl den Versuch machen, von irgendeinem Bauernhof aus seine Diktatur fortzusetzen, wenn nicht Münchens Bierphilister sich beruhigen und ihm die ungefähredete Rückkehr in seine Residenz gestatten.

Den gleichen Mut hat der bürgerliche Heros des Weltkriegs, Erich Ludendorff, bewiesen. Er hat seine Münchner Villa verlassen. „Ohne Angabe eines Zieles“ für seine Reise. Dieser eidbrüchige Verräter hat sich genau so benommen, wie wir das vorhergesagt haben. Die blaue Brille wird er sicherlich auf seiner Geldnuase tragen. Die Möglichkeit, daß er auskneifen konnte, verdankt er seinem Spezi Raahr, der ihn gegen „Ehrenwort“ am Freitag nachmittag aus der Polizeihaft befreit hat. Nun löst der ehrenhafte Ludendorff sein Ehrenwort ein, indem er Fernengeld gibt.

Im Vergleich mit diesen beiden Wächtern nimmt sich der österreichische Tapezierergeselle Hitler noch wie ein mutiger Kämpfer aus. Er ist nach seiner Flucht vom Freitag am Sonntag wieder, wenn auch nicht nach München selbst, so doch in die Nähe Münchens zurückgekehrt. Sein Mut wächst, nun er erfahren, daß das „Volk“ Münchens sich auf seine Seite wirt. Er hofft wohl, daß er die Schlappe vom Freitag mit Hilfe der spudenden jungen und alten Mädchen wieder weitmachen und in einen Sieg umwandeln kann.

### Gegen Raahr, den Judas.

Ueber die Demonstrationen der Nationalisten, Monarchisten und Hakenkreuzler gegen die Verräter Raahr und Losow berichten die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ in vorächtigen und abschwächenden Meldungen:

Die Demonstrationen gegen Raahr, die Sonnabend abend infolge der durch Flugblätter verbreiteten Darlegungen Raahrs, Losows und Seizers gegenüber der Münchner Presse sowie durch Aufforderungen des Reichswehrkommandos und der Polizei abgeblaut schienen, traten am Sonntag bedeutend verstärkt auf. Der Sonntag hatte natürlich noch viel größere Menschenmassen auf die Beine gebracht. Vormittags war der Straßenzug vom Bahnhof bis zum Marienplatz und Odeonsplatz abgeperrt. Auf dem Königsplatz fand unter großer Teilnahme eine tuberkulöse Kundgebung statt, die gegen Raahr gerichtete war. Ein Redner sprach sich sehr scharf gegen ihn aus. Nachmittags, als die Straßen dem Verkehr wieder frei-

gegeben wurden, entwickelte sich ein wüdes, widerliches Treiben, gegen welches Reichswehr und Landespolizei von Zeit zu Zeit einschreiten mußten, ohne daß von der Waffe ein ernstlicher Gebrauch gemacht worden wäre. Ihre engelsgleiche Gebuld verdient die höchste Bewunderung. Was sie an Beschimpfungen und Beleidigungen ertrugen, übersteigt alles Maß. Soldaten und Offiziere der Reichswehr wurden auf der Straße in den letzten Tagen von jungen Mädchen, aber auch von Matronen, die sich zu den feinen Damen und zu den besten Ständen zählen, tatsächlich angepöckelt. Die politische Urreife, ja Ahnungslosigkeit der Münchner Bevölkerung zeigte sich in schimmigem Lichte. Die unfähigsten, absichtlich ausgestreuten Gerüchte werden geglaubt. So soll z. B. jeder Reichswehrsoldat täglich 20 Millionen erhalten, um bei der Stange zu bleiben.

Hitler, der in eine benachbarte Stadt gebracht wurde, befindet sich wieder in der Nähe Münchens. Er soll das Bett schon am Montag verlassen können. Der Polizei ist sein Aufenthalt bekannt.

Sie wird sich aber hüten, ihn etwa festzunehmen oder auch nur den Versuch dazu zu machen. Sie ist genau so mutig wie die sogenannte bayerische Regierung Knilling, die am Sonntag morgen auch eine Kundgebung erließ und sich sofort demütig entschuldigte, als sie von dem Aufruf des Raahr erfuhr. Ihr Mut wird schwerlich wachsen, wenn sie erfahren, daß der von ihr eingesezte Diktator ausgekniffen ist, denn wer weiß, er könnte ja zurückkehren, und was dann?

Sie sind eben alle Helden, die die „nationale Revolution“ betreiben. Typen der feigen monarchistischen Großmänner, die die deutsche Arbeiterbewegung niederzulegen wollen und die mit schlotternden Knien ins Mauselloch kriechen, wenn der Kampf wirklich beginnen soll.

### Gegen die Verräter!

Die Raahr und Losow werden ihres Sieges über Ludendorff-Hitler nicht froh. Das Münchner Bürgerium nimmt für Hitler und gegen Raahr-Losow Stellung. Flugblätter werden gegen Raahr verbreitet, in den Straßen wird gegen ihn demonstriert. Der „Münchener Neuesten Nachrichten“, ein Blatt, das unglücklichmal die Ludendorfferei und Hitlererei verherrlicht hat, wurden die Fenster eingeschlagen, weil sie nach dem Mißlingen gegen den Ludendorff-Rutich schrieben. Ueber die Stimmung in München liegt folgender Bericht vor:

Ludendorff, Hitler und die zum großen Teil entwaffneten Nationalsozialisten sind zurzeit völlig aus ihrer Machtposition geworfen. Es wäre aber falsch zu glauben, daß sie damit ausgepielt haben. Im Gegenteil; die Münchner Bevölkerung hat entschieden ihre Partei ergriffen und beurteilt das „verräterische“ Verhalten Raahrs.

Die Stimmung für Hitler, dessen Aufenthalt zurzeit nicht bekannt ist, ist seit Freitag nachmittag gewaltig gewachsen. Ueberall auf den Straßen, im Zentrum der Stadt, wo es am Sonnabend außerordentlich lebhaft zugeht, ergreifen die Leute unter dem Einfluß von Agitatoren die Partei des Mächtlings. Polizei und Reichswehrruppen haben Mühe, die Ordnung auf den Straßen aufrechtzuerhalten und Ausschreitungen zu verhindern.

Raahr selbst ist vollkommen im Wilde über diesen Stimmungsumschwung. In einer Pressekonferenz am Sonnabend vormittag sagte er ohne Umschweife: „Ich weiß, daß ich, was meine Person anlangt, das Vertrauen in weiten Kreisen vollständig verfehlt habe.“ In derselben Besprechung nannte der Generalstaatskommissar die Million Hitlers einen „Pistolenüberfall nach Banditenart“ und eine „verbrecherische Komödie“. Wörtlich führte er aus:

Ins dreien, Losow, Seizer und mir, war bereits im Augenblick des Meherfalls klar, daß die von Hitler und Ludendorff unter Mitwirkung von Poehner eingeleitete Unternehmung in wenigen Tagen vollständig in sich zusammenbrechen würde, politisch und wirtschaftlich. Ich wußte auf Grund meiner vorangegangenen weitgehenden und eingehenden Erkundigungen, von denen ich auch den Führern der bayerischen Verbände Kenntnis gegeben hatte, ich wußte, daß bei allen maßgebenden Verbänden in Deutschland die Dinge nicht so liegen, wie Hitler und die Seinen sich das vorgestellt haben. Und dann wußte ich auch, daß Ludendorff in Norddeutschland von einem großen Teile der vaterländischen Kreise abgelehnt wird, schon wegen der außerpolitischen Wirkung. Ich wußte weiter, daß Hitler in Norddeutschland einen kaum nennenswerten Anhang besitzt und fast einhellig nicht bloß abgelehnt, sondern direkt bekämpft wird. Es war mir auch bekannt, daß in den norddeutschen vaterländischen Kreisen über die Führung und die Wege noch große Uneinigkeit herrscht.

Die Gefahr, die in der Parteinahme der Volkseinstimmung für Hitler und seine Sache liegt, ist im jetzigen Augenblick deshalb noch nicht akut, weil sich noch keine Führer und keine Organisation oder Partei offiziell zur Verteidigung Hitlers und seines Putschs aufgeschwungen haben. Es ist allerdings kein Geheimnis, daß die vaterländischen Verbände unter Führung des Professors Bauer nahe daran sind, Raahr als ihrem Ehrenvorsitzenden einen Abjagebrief zu schreiben und mehr oder weniger offen ins Lager der Putschisten abzuschwenken. Seit Freitag abend werden fieberhaft Verhandlungen gepflogen in der Erwartung, daß von einer solchen Entwicklung nichts, wenn

nicht alles abhängt. Diese Gefahr ist um so größer, weil mit der Möglichkeit zu rechnen ist, daß der von gewissen Beratern sehr beeinflussbare Generalstaatskommissar seine angeblich „legale“ Diktaturvollmachten wesentlich erweitert und jetzt unter Ausschaltung der Regierung und des Landtags eine wirkliche „nationale“ Diktatur aufrichtet. Daß starke Kräfte in diese Richtung drängen, ist bekannt. Es wäre aber verkehrt, diese Kräfte etwa im Lager der bayerischen Volkspartei zu suchen. Im Gegenteil; gerade hier hat man diese Gefahr wohl erkannt und versucht bereits alles, um sie zu bannen. Am Sonnabend vormittag 11 Uhr trat die Fraktion der bayerischen Volkspartei zusammen. In der Sitzung nahmen sämtliche fünf Minister sowie alle nur einigermaßen bedeutungsvollen Persönlichkeiten der Partei teil, auch der ehemalige Ministerpräsident Graf Lerchenfeld ist anwesend. Der Führer der Partei, Geheimrat Geld, wurde am Sonnabend mit einem Staatsauto aus Regensburg herbeigebracht.

Auch andre Leute erkennen die sich auftürmenden Schwierigkeiten. Die demokratische Landtagsfraktion verlangt jetzt zum Beispiel die sofortige Einberufung des Landtags. Da die Sozialdemokraten schon seit drei Wochen dasselbe fordern, ist damit zu rechnen, daß bei normalem Verlauf der nächsten Tage der bayerische Landtag berufen wird, direkt in die politische Entwicklung eingzugreifen.

Die Münchner Studenten veranstalteten am Sonnabend eine Versammlung in der Universtität, zogen gegen den „jüdischen Judaskuß und die Schamlosigkeit des Raahr“ vom Leder, tobten gegen den Rektor der Universtität, von dem sie die Hissung der schwarzweißroten Fahne am Tage des Begräbnisses der gefallenen Hitlerleute verlangten. Der Rektor sagte zu, versprach auch, die Namen der Teilnehmer der Versammlung der Polizei zu beschweigen, im übrigen erinnerte er daran, daß auch sein Sohn an den Kämpfen teilgenommen habe.

### Wie die Hitlerbanden haupften.

Wegen der Telefonsperre war es den sozialdemokratischen Journalisten in München bis zum Sonnabend nicht möglich, die Arbeiterpresse über die Vorgänge in München zu unterrichten. Ein dem „Sozialdemokratischen Parlamentsdienst“ zugegangener Bericht über die Vorgänge am Donnerstag und Freitag ist aber auch heute noch für alle Arbeiter von großem Interesse, weil er vieles bringt, was die bürgerliche Presse verschwiegen hat. Der Bericht lautet:

Nach dem Putsch in der Kundgebung am Donnerstag abend richteten die hakenkreuzlerischen Sturmtrupps in Stärke von etwa 2500 bis 3000 Mann im Bürgerbräu ihr Hauptquartier ein. Dabei wurde der ganze Osten Münchens rechts der Isar und die in die Stadt hineinziehenden Brücken abgesperrt. Den engsten

### Kriegsrat bildeten Hitler, Ludendorff, Köstlich

und der ganze hitlerische Generalstab. Die beiden großen Säle wurden als Truppenlager hergerichtet.

Der andre Teil der sogenannten revolutionären nationalen Regierung (Raahr-Losow) begab sich in ihre Regierungsgebäude links der Isar und organisierte den Widerstand gegen Hitler. Zur Sicherheit verlegte Raahr sein Generalstaatskommissariat in ein Kasino im Rajerndorfviertel Münchens, wo er noch residiert.

Kurz vor Mitternacht fuhr ein Haufen von etwa 200 mit Handgranaten, Gewehren und Pistolen schwerbewaffneter Hakenkreuzler im Stahlhelm auf zwei Lastautos

### vor das Gebäude der „Münchener Post“.

Sie zertrümmerten sofort die vier großen Schaufenster, wodurch der im Hause wohnende Geschäftsführer geweckt wurde. Er mußte sofort das Gittertor aufperren. Die Motte stürmte darauf in die im ersten Stock gelegenen Verlagsräume und begann hier ihr Zerstörungswerk: Türfüllungen wurden eingeschlagen, Schränke umgeworfen, eingetreten und mit Gewehrkolben zertrümmert, der Inhalt durchwühlt und herausgeworfen. Ebenso wurden die Schreibtische erbrochen. Die Geschäftsbücher und die ganzen Belege der Briefe und Korrespondenzen, die Inhalts- und Steuerlisten der Arbeiter und Angestellten des Betriebs wurden zerfetzt und vernichtet. Die Tintenfassler flogen an die Wand, und sämtliche Fenster wurden zertrümmert.

Dann ging es in den zweiten Stock, in die Redaktionsräume, wo die Herrschaften in der gleichen Weise haupften. Hier wurden sogar die elektrischen Lampen zertrümmert und in die Papierkörbe geworfen. Die Zwischenwände in den Redaktionsräumen, die aus Holzrahmen mit kleinen Fensterchen bestehen, wurden vom Fußboden bis zur Decke vollständig eingeschlagen, im ganzen etwa 400 Scheiben; kein einziges Fensterchen blieb ganz. Besonders böse haupften die Leute

in dem Redaktionsraum des Genossen Auer, aus dem sie nach Erdbeutung sämtlicher Schränke eine Menge von Akten und Bibliotheksbänden auf die Straße hinabwarfen, das



Desto mehr von den Komplizen.

### Die „erpreßten“ Ruhr und Loffow.

Schade, daß der römische Geschichtschreiber Tacitus sie nicht gekannt hat. Er hätte seinem Kapitel von der Germanentreu noch eine kleine Fußnote angehängt. Jeder kennt die Ausrede des Einbrechers, der nur durch die Drohungen seiner Komplizen zum Mitmachen veranlaßt sein will. Man lese in tausend Urteilen nach, was eine ernsthafte Zustimmung zu dieser Ausrede meint.

Dabei eine kleine Erinnerung: Am 23. Dezember 1918, als der Kampf zwischen der Regierung und der Volksmarine in Berlin entbrannt war, erschienen plötzlich fünf oder sechs Schwerebewaffnete auf der Redaktion des „Vorwärts“ und verlangten mit vorgehaltenen Revolvern und geladenen Handgranaten die Aufnahme eines bestimmten Artikels. Der Chefredakteur Friedrich Stampfer lehnte kurz und bündig ab. Er wich auch nicht, als ihm, dem Waffenlosen, die Erschießung angedroht wurde. Aber so viel Mut und Charakterstärke kann wohl nur ein „Marxist“ zuwege bringen.

Den christlich-national-germanischen Ruhr und Loffow dagegen entfont — angeblich — der Mut in die untern Regionen, als ein Revolverbeschuß an die Decke abgefeuert wurde. Obgleich das die Methode aller Zirkusclowns ist, ihre große Nummer anzukündigen. Und die Einschüchterung ließ sie sogar begeisterte Reden für den Putzsch halten und Hüller vor versammeltem Volke die Hand drücken. Ward je eine widerlichere Heuchlerkomödie

aufgeführt? Daß diese Ebelteutonen Ludendorff und Hüller berrieten, als der Fehlschlag der Sache zutage lag, ist nur logisch.

Hüller und Ludendorff sind politische Hohlköpfe, bramarbasierende Theaterbesen ohne Horizont. Gefährlicher sind die Heuchler und Intriganten vom Schlage Ruhr, die heute das Reich an die Putzschisten, morgen die Putzschisten und übermorgen wieder das Reich verraten. Diese Mesekönner mit der widerlichen glatten Zunge, die für jede Treulosigkeit, für jeden Rechtsbruch einen Schatz ilder Moralphrasen bereithalten, sie sind die Gefahr, sie müssen ausgerottet werden. Sie haben etwas vom Geiste des Muckers Michaelis mit seinem „Wie ich sie auffasse“. Von diesem Frömmelertum hat einer der besten deutschen Publizisten einmal geschrieben: „Nietismus ist die Religion der kleinen Leute. Sie beschwammeln darin den lieben Gott und meinen, er merke es nicht.“ Von diesem gefärbten Nietismus ist auch Ruhr. Er schummelt in der Moral, er schummelt in der Politik und meint, mit Phrasen die Welt darüber täuschen zu können.

Aber schließlich: Täuschung gibt es hier nur für den, der sich täuschen lassen will. Dieses Spektakelstück von Dummheit und Gemeinheit enthüllt von Szene zu Szene die „Ketter Deutschlands“. Man weiß nicht, wen man mehr berachten soll: die Dramarbasse der Hitler-Couleur, die zu steigen oder zu sterben schwören und dann dabonkaufen, oder die „erpreßten“ Mittäter, die bei gegebener Gelegenheit ihren Verbündeten den Dolchstoß von hinten versetzen. Klammert sich ein kritikloses Bürger- und Philistertum noch immer an diese Heiden? Erwartet es von diesen Gestalten tatsächlich noch Deutschlands Rettung? Dann ist es nicht mehr zu retten. Sein Schicksal liegt vorgezeichnet in der Person seines Höpfn, der als Diktator des Weltkriegs begann und auf einer Kaiserle-Bühne als erbärmlicher Nicht endete. —

### Reichsinnenminister Jarres.

Stresemann benützt die Zeit, da aller Augen auf München gerichtet sind, um sein Kabinett auf seine Art zu vervollständigen. Er hat sich zunächst einen neuen Innenminister in der Person des rheinischen Oberbürgermeisters Jarres zugelegt.

Jarres ist bisher nur als Kommunalpolitiker hervorgetreten und hat sich im Ruhrkampf als Ratgeber versucht, wobei er mit den Deutschnationalen an einem Strang zog. Ob Jarres der rechte Mann ist, in der bayerischen Ordnungsgasse endlich einmal Ordnung zu machen? Die nächsten Tage werden es erweisen. Es bedarf wohl keiner Erwähnung, daß davon auch die Entscheidung im Reichstag abhängen wird. —

### Noch nicht Unheilftster genug.

Ausgerechnet in Sturmtagen für die deutsche Republik erlaubt die Regierung, Wilhelm des Ausreißers ältesten Sohn, einem Menschen, um den sich wieder schwarzweiße Gegenrevolutionäre scharen werden, die Einreise nach Deutschland. Der Extronprinz hat am Sonnabend mittag die holländisch-deutsche Grenze überschritten. Er gelangte abends in Hannover an und setzte von dort aus am Sonntag morgen seine Reise nach Dels in Schlessien fort. Sein Flügeladjutant, Major v. Müldner, hat in Berlin, Kaiserdam 26, eine Wohnung mit mehreren Zimmern für den Extronprinzen gemietet, obwohl dieser sich gegenüber der Reichsregierung verpflichtet hat, in Berlin nur befristeten Aufenthalt zu nehmen und sich um politische Angelegenheiten nicht zu kümmern. Auffällig ist insbesondere, daß Major v. Müldner dem Wohnungsinhaber nicht mitgeteilt hat, für wen er die gemieteten Zimmer braucht. Er hat sich bei dem Abschluß des Mietvertrags lediglich darauf berufen, für einen befreundeten Kriegskameraden, der in diesen Tagen aus dem Ausland zurückkehrt, mehrere Zimmer zur Unterkunft notwendig zu haben.

Also mit Hinterhältigkeiten geht die Sache schon los. Weitere werden folgen und eines schönen Tages flackert in Schlessien ein schwarzweißes Feuer auf. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Nur nicht für die Reichsregierung. Diese hat trotz der erhöhten Aktivität der Monarchisten aller Schattierungen, trotz des Umsturzversuchs in München keinen Grund für ein Einreiseverbot

finden können. Die Votschastertkonferenz hat am 9. November in Berlin anfragen lassen, ob dem Hohenzollernspröß in Wirklichkeit die Einreise nach Deutschland gestattet worden sei. Die deutsche Regierung hat diese Frage bejaht, weil sie „keinen Grund rechtlicher oder tatsächlicher Art erkennen kann, der es gerechtfertigt hätte, diesem deutschen Staatsbürger die Heimkehr zu seiner Familie zu verwehren“.

Das scheint uns mehr als naiv. Zwischen den Monarchisten und der deutschen Republik besteht seit der Nacht zum 9. November der offene Kriegszustand. Die Freunde und Gesinnungsgenossen des Extronprinzen haben im blutigen Aufruhr versucht, der Republik den Garau zu machen und die Rechtsdiktatur mit der Monarchie im Gefolge auszurufen. Und wenn im selben Moment der „Immerfestebrot“ deutschen Boden betritt, findet die Reichsregierung alles in schönster Ordnung. Muß sie immer erst durch Kanonendonner aus schönen Träumen aufgeschreckt werden?

Die Einreiseerlaubnis für den ältesten Sohn des geächteten Ausreißers vermehrt die ohnehin schon bis zur Siedehitze gesteigerte Erregung im deutschen Volke. „Mögen die Hohenzollern bleiben, wo sie Lust haben, nur nicht in Deutschland“. Das ist die Volksstimmung. Dazu kommt, daß neue außenpolitische Differenzen entstehen werden. Die Votschastertkonferenz hat auf gutlichem Wege versucht, die Einreise des Extronprinzen, der auf der Liste der Kriegsverbrecher steht, zu verhindern. Nun werden wieder neue Noten gewechselt werden und das außenpolitische Problem noch unentwirrbarer machen.

Stresemann hat freilich am Sonntag in Halle erklärt, daß die Rückkehr des Kronprinzen eine rein deutsche Angelegenheit sei, die das Ausland nichts angehe. Er hat sich ferner gerühmt, daß seine erste Amtshandlung als Kanzler darin bestand, die Einreiseerlaubnis für den Extronprinzen, dessen gutes Deutschum er über den Schellenhaus lobte, zu unterzeichnen. Für alles, was sich daraus ergibt, will Reichskanzler Stresemann die volle Verantwortung übernehmen. Und die Kosten, Herr Stresemann, die bezahlt das deutsche Volk mit Gut und Blut. Die bloße Verantwortung und ein paar billige Phrasen kosten ja weiter nichts. —

### Dollar Amtliche Notiz 630 Milliarden

### Sozialdemokratie und Regierungskrise.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion tritt am Dienstag zur Beratung der allgemeinen politischen Lage in Berlin zusammen.

Mit Rücksicht auf die allgemeine Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere infolge der Stellungnahme des Minderheitskabinetts Stresemann zu den Ereignissen in Bayern und der von deutschnationaler Seite im Reich betriebenen Heße ist anzunehmen, daß der Fraktionsvorstand die sofortige Einberufung des Reichstags verlangen wird.

Das ist notwendig, um endlich Klarheit zu schaffen, denn der gegenwärtige Zustand des Regierens ohne Ziel ist schon mit Rücksicht auf den Bestand des Reiches nicht länger erträglich. —

### Die Volkspartei verrät ihren Führer

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat folgenden Beschluß gefaßt:

Die Fraktion ersucht ihren Vorsitzenden, dem Herrn Doktor Stresemann als Meinung der Fraktion mitzuteilen, daß eine Neubildung der Regierung unter Führungnahme mit sämtlichen bürgerlichen Parteien versucht und zu diesem Zweck auch die an der letzten Regierung nicht beteiligten Fraktionen der Deutschnationalen und der Bayerischen Volkspartei zu einer Stellungnahme veranlaßt werden müssen, ob sie an einer solchen Regierung teilnehmen oder sie unterstützen würden.

Der rechte Flügel der Volkspartei bleibt unter dem Kommando des Stinnes hartnäckig. Er will sein Ziel, eine Rechtsregierung, um jeden Preis erreichen. Denn eine Regierung „aller bürgerlichen Parteien“ wäre natürlich nur als Rechtsdiktatur möglich. Stinnes will seine Herrschaft.

Stresemann, der von seiner eignen Partei verraten wird, wird selbst am besten wissen, daß die Art von Regierung, die er beliebt oder beliebt muß, keine Dauer haben kann, wenn nicht das Reich ganz zerfallen soll.

Einstweilen darf er buchen, daß seine eigne Partei ihn verraten hat. Denn die Deutschnationalen fordern unerbittlich seinen Kopf. Wer sich mit ihnen verbrüdernd will, wie die Fraktionsmehrheit der Volkspartei, der stößt Stresemann den Dolch in den Rücken. —

### Straßentämpfe in Speyer.

Am Sonnabend nachmittag hat die Polizei in Speyer den Sonderbündlern ein Gefecht geliefert. Die Polizei hielt das Regierungsgebäude besetzt, das die Sonderbündler mit Handgranaten und Maschinengewehren angriffen. Auf beiden Seiten gab es Tote. Einzelheiten fehlen, da die drahtliche Verbindung mit Speyer gesperrt ist.

Am Sonntag morgen wiederholte sich der Angriff der Sonderbündler, die dabei drei Tote hatten. Die Unterdrückung der Sonderbündler durch die Franzosen tritt klar zutage. Gemischte Patrouillen von Sonderbündlern und Franzosen durchziehen die Straßen von Speyer. Diese Leute sind morgens mit der französischen Regierbahn von der Station Speyer Hauptbahnhof nach Speyer, Rheinpfalz, einer ganz kleinen Station, die in nächster Nähe des Regierungsgebäudes liegt, befördert worden. Zur Stunde wird das Regierungsgebäude von etwa 180 bis 200 Separatisten förmlich belagert.

Regierungsvizepräsident Rathenau hat in einem Schreiben an den General de Meß in Speyer gegen die von diesem selbst angeordnete und nunmehr mit französischer Hilfe durchgeführte Vergewaltigung des Pfälzer Volkes schärfsten Protest eingelegt. Das Schreiben schließt: „Die Rot der Pfalz ist ausschließlich für Berl.“ —

### Buchdruckerstreik in Berlin.

Am Sonnabend sind in Berlin die Buchdrucker, die graphischen Hilfsarbeiter, die Buchbinder und Papierverarbeiter und die Steinbruder und Lithographen in den Streik getreten. Ueber die Ursachen des Streikes gibt ein Aufruf der Verbände Auskunft, in dem es heißt:

„Seit Monaten führen die Buchdrucker einen schweren Kampf um die Erhaltung ihrer Existenz, um ein menschenwürdiges sein. Alle Bemühungen, den Unternehmern das Allernotwendigste zum nackten Leben abzurufen, waren vergeblich. Versprechungen, Einhalten und wiederum Versprechungen waren das Ergebnis unersers geduldbigen Abwartens. Trotz Anerkennung des Reichsarbeitsministers, daß die Forderung der graphischen Arbeiter durchaus berechtigt ist, wurde vor dem Reichsarbeitsministerium ein Schiedsspruch gefällt, der für die Woche vom 3. bis 9. November einen Lohn von 3 1/2 Millionen Papiermarkt abzüglich der bereits erhaltenen 1 1/2 Millionen Vorschuß vorsieht. Für die auch vom Reichsarbeitsministerium für die vorhergehende Woche als zu gering anerkannte Entlohnung wurde keine Nachzahlung zugebilligt. 3 1/2 Millionen Papiermarkt sind nach dem heutigen Kurse zirka 2 1/2 Goldmark, das sind ungefähr zwei Drittel des Vorkriegslohnes, während auf der andern Seite alle Bedarfsartikel um 100 Prozent und mehr gegen die Vorkriegszeit in Goldmark gestiegen sind. Troßdem der Mindestlohn der Buchdrucker in Friedenszeiten 35 Goldmark betrug, bewilligte das Reichsarbeitsministerium für die nächste Woche nur 25 Goldmark in der Spitze, obwohl die Steigerung des Papierpreises für die nächste Woche noch gar nicht feststeht. Dieser Schiedsspruch wurde von der Funktionärerversammlung einstimmig als völlig ungenügend abgelehnt.“

Der Aufruf wendet sich dann gegen die Vorwürfe, die man gegen die Streikenden erhebt:

„Nest regen sich die Widerstände auf allen Seiten. Die Buchdrucker seien angeblich schuld an allen misslichen Lagen des Wirtschaftens, sie seien schuld an den Zahlungsschwierigkeiten, sie seien schuld, wenn die Erwerbslosen keine Unterstützung erhalten sollen. Man will Zwietracht und Zerwürfnis in unsere Reihen tragen, einen Keil in die Geschlossenheit der Arbeiterschaft treiben. Man hat angeblich keine Zahlungsmittel. In einer Reihe von Betrieben wirkt man unre Arbeitskameraden aufs Pfaster mit der Motivierung: der Wandnotendruck geht zu Ende, die Kasse muß eingebüßt werden, wir haben genügend Zahlungsmittel.“ Troßdem hürdet man den Buchdruckern die Schuld auf, daß angeblich keine Zahlungsmittel vorhanden sind.

Arbeiter, Proletariat! Unser Kampf ist euer Kampf, die Eringung wertbeständiger Löhne ist auch euer Ziel. Wir wollen dem Ziele den Weg ebnen. Lebt Solidarität, weist alle Verleumdungen gegen uns zurück. Der hienzeige Kampf der graphischen Arbeiter gibt euch die Möglichkeit, auf dem Wege der wertbeständigen Entlohnung weiter zu bauen. Lebt weitere Solidarität, indem ihr Aufklärung über unsern Kampf verbreitet. Sorgt dafür, daß unser Aufruf nicht ungehört verhallt, sondern sich auswirkt zum machtvollen Kampfe, zur Verbesserung der Lebenshaltung der gesamten Arbeiterschaft.

General v. Seeckt hat als Inhaber der vollziehenden Gewalt unterm 11. November eine Verordnung erlassen, in der die Arbeitsniederlegung in allen Anlagen und Betrieben zur Erzeugung von Pannoten, Wertzeichen und solchen Materialen, die zu ihrer Herstellung erforderlich sind, verboten wird. Die Arbeitnehmer derartiger Betriebe werden aufgefordert, die Arbeit am Montag den 12. November um 7 Uhr vormittags wieder aufzunehmen. Zuwiderhandlungen werden — unabhängig von sofortiger Entlassung — gemäß § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. September 1923 bestraft.

Sehr viel Glück dürfte Herr v. Seeckt mit seiner Verordnung nicht haben. Soweit wir unterrichtet sind, verlangen auch die Arbeiter von zwei Magdeburger Druckereien, die neben dem Reichs wertbeständiges Geld herstellen, Auszahlung des Lohnes in diesen Noten. Und es ist damit zu rechnen, daß auch sie die Arbeit niederlegen, wenn sie nicht wenigstens etwa ein Drittel des Lohnes wertbeständig ausgezahlt erhalten. —

### Notizen.

Das Hamburger Todesurteil wird nicht vollstreckt. Der Reichspräsident hat den kommunistischen Arbeiter Liaroll, der wegen seiner Teilnahme an den Hamburger Kutschämpfen zum Tode und zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt war, zu 10 Jahren Festung begnadigt. —

### Depeschen.

#### Hitler verhaftet.

München, 12. November. Der Führer der Nationalsozialisten, Hitler, ist am Staffelfee (nordöstlich von Oberammergau) ohne Widerstand verhaftet worden. (Durch diese Meldung wird die Angabe in heutigen Zeitartikeln korrigiert. Wenn Ruhr im Amt bleiben sollte, kann Hitler guten Rutes sein. Zwar wird er nicht gleich aus der Post entlassen, denn er ist nur ein Tapziergehilfe gewesen und kein General des Weltkriegs, aber es wird ihm nichts Ernstliches blühen, denn das „Volk“ ist mit ihm. Ach.)

Die Demokraten gegen die Deutschnationalen.

Berlin, 12. November. Der Parteivorstand der Deutschen demokratischen Partei tagte heute unter dem Vorsitz des Abgeordneten Erkelenz und in Gegenwart der demokratischen Minister des Reiches und der Länder im Reichstag und nahm nach dem Referat des Abgeordneten Fischer (Köln) und nach ausführlicher Aussprache folgende Entschlieung an:

„Der Vorstand der Deutschen demokratischen Partei verlangt von der Regierung, daß sie mit rücksichtsloser Energie die nationale Einheit des Reiches gegen partikularistische und reaktionäre Gegner aufrecht erhält, den Zusammenhang von Ruhr und Rhein mit dem Deutschen Reich unbedingt verteidigt, die lebensnotwendige Währung reform schleunigst unter Überwindung der offenen und geheimen Widerstände bewirkt, die Autorität der nationalen Reichsgewalt und der republikanischen Verfassung zu Ehren bringt und daß sie mit einem Programm auf dieser Grundlage vor den Reichstag tritt. Eine Erweiterung der Regierung, die die geforderten Sicherheiten nicht bietet, muß die Deutsche demokratische Partei aus innen- und außenpolitischen Gründen ablehnen.“

England gegen die Bereicherung Deutschlands.

London, 12. November. In einer gestern veröffentlichten amtlichen Uebersicht über die am Freitag beendete Tagung der britischen Reichskonferenz heißt es zur Erörterung des Reparationsproblems:

„Die Konferenz sei nach sorgfältiger Erwägung zu der Ansicht gekommen, daß die europäischen Lage nur entwirrt werden könne, wenn die Vereinigten Staaten baram mitarbeiten, und daß das Scheitern des Planes einer gemeinsamen Unternehmung, auf die eine gemeinsame Aktion zu folgen hätte, sobald einem dauernden Frieden wie einer wirtschaftlichen Erholung der Welt abträglich sein würde. Die Konferenz sei der Ansicht, daß in einem solchen Falle die britische Regierung sehr sorgfältig die Alternative erwägen mühe, selbst eine Konferenz einzuberufen und das wirtschaftliche und finanzielle Problem in seinen weitesten Auswirkungen zu untersuchen.“

Die Konferenz betrachte jede Politik, die zu einem Zusammenbruch der Einheit des Deutschen Reiches führen würde, als unvereinbar mit den Vertragsverpflichtungen, die sowohl Deutschland wie auch die Mächte eingegangen seien, und als unvereinbar mit der zukünftigen Erfüllung seiner Bestimmungen durch Deutschland. Schärfste Vorstellungen würden demgemäß den Alliierten gegenüber erhoben. —



Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 13. November 1923.

Brotgeld.

Die Papiermark wird vom Großhandel und von Lebensmittel-erzeugern in der Regel nicht mehr angenommen. Der General v. Seeckt will nun den Verkehr mit Nahrungsmitteln dadurch fördern, daß er den Ländern, Provinzen und Gemeinden die Berechtigung gibt, wertbeständiges Notgeld zur Lebensmittelbeschaffung auszugeben. In der Verordnung heißt es:

Bevor durch Sicherung der Währung eine durchgreifende Besserung der Lebensmittelversorgung durchgeführt ist, ordne ich als Inhaber der vollziehenden Gewalt nachstehendes an:

§ 1. Die Länder, Provinzen und Kommunen sind berechtigt, wertbeständiges Notgeld zur Beschaffung von Lebensmittel auszugeben. Die Ausgabe darf nur zu einem Betrag erfolgen, der vom Reichsfinanzministerium als gehörig gedeckt anerkannt wird. Das Reichsfinanzministerium wird die Anträge der ausgebenden Stellen mit größter Beschleunigung prüfen. Innerhalb des Ausgabebezirks ist das Notgeld als gesetzliches Zahlungsmittel anzunehmen.

§ 2. Wer die Annahme dieses Notgeldes verweigert oder andere zur Verweigerung zu bestimmen versucht, wird nach § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. Oktober bestraft.

Die Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Der General v. Seeckt will also, daß die Länder, Provinzen und Gemeinden ein wertbeständiges Geld schaffen, das ein Brotgeld sein soll. Es bleibt abzuwarten, ob es den genannten Verbänden wirklich möglich sein wird, wertbeständige Zahlungsmittel herauszugeben, und ob das Geld ein Brotgeld wird, das heißt, den hungernden Stadtern Brot verschafft. Es besteht freilich die Gefahr, daß sich nur die Geldorten vermehren, aber durchaus nicht die Nahrungsmittel bei den minderbemittelten Verbrauchern. Zum neuen Gelde, von dem man nicht weiß, wie groß seine Kaufkraft sein wird, müssen noch andre Maßnahmen kommen. Es ist die höchste Zeit. In den Großstädten, auch in Magdeburg, ist größter Mangel an Mehl. Wir sind dem nackten Hunger ausgeliefert, wenn nicht energisch zugegriffen wird.

Erwerbslosen-Unterstützung.

Vom 5. November bis 10. November 1923 gelten folgende Unterstützungsätze für Erwerbslose:

- 1. für männliche Personen: täglich Milliarden
  - a) über 21 Jahre . . . . . 131
  - b) unter 21 Jahre . . . . . 85
- 2. für weibliche Personen:
  - a) über 21 Jahre . . . . . 108
  - b) unter 21 Jahre . . . . . 63
- 3. als Familienzuschläge für:
  - a) den Ehegatten . . . . . 48
  - b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige . . . . . 40

Die Kinder gehen zugrunde.

Die „Lehrzeitung“ bringt den Wortlaut einer Anzahl Entschuldigungszettel, die das Elend der Schulkinder grell beleuchten. Die „Lehrzeitung“ schreibt:

„Eine Mutter entschuldigt ihr Kind damit, daß sie es zu Bett gelegt habe; in Bett habe wenigstens das herzzerbrechende Weinen und Betteln nach Brot auf. Ein Vater, der sein Kind mit leerem Magen in die Schule schicken mußte, kommt während des Unterrichts zu dem Lehrer mit der Bitte, ihm das Kind auf kurze Zeit mit nach Hause zu geben. Er habe sich ein paar Kartoffeln gebekelt und gekocht und wolle nun sein Kind mit essen lassen. Zu einer Klasse sind dem Lehrer folgende drei Entschuldigungszettel zugestellt worden: „Sie werden entschuldigen, daß ich meinen Sohn heute nicht zur Schule schicken konnte. Mein Mann ist arbeitslos und wir haben nichts zu essen.“ „Entschuldigen Sie bitte, daß mein Sohn erst jetzt zur Schule kommt. Seit Sonnabend früh haben wir kein Brot im Hause. Wenn mein Mann Lohn bringt, ist das Geld bei jeden Verlorenen auch gleich wieder alle.“ „Teile Ihnen mit, daß wir seit Freitag nichts zu essen gehabt haben, und daß ich die Kinder nicht mit leerem Magen in die Schule schicken konnte.“

Aus den uns weiter zugegangenen Entschuldigungsschreiben greifen wir die aus zwei Klassen heraus: „Ich konnte mein Mädchen nicht zur Schule schicken, da ich ihr kein Brot mehr geben kann.“ „Senden Sie, bitte, meinen Sohn um 10 Uhr nach Hause. Da ich kein Brot kaufen kann. Er soll nicht hungrig den ganzen Vormittag in der Schule bleiben. Ich schreibe das so offen, denn heute ist es keine Schande, ohne Geld zu sein.“ „Meine Kinder haben schon gestern nichts zu essen gehabt, weder Brot noch sonst etwas Warmes. Mit leerem Magen kann ich sie nicht zur Schule schicken.“ „Der Wahrheit die Ehre gebend, will ich Ihnen sagen, daß es unmöglich war, die Gerda noch gesund anzubringen, da sie seit Sonntag mittag das letzte große, ohne Fett gemachte Mittagessen im Leibe hatte. Ich bin daher zu einigen Bekannten gegangen, damit sie wenigstens ein kleines Bismarckfleisch.“ „Entschuldigen Sie meines Ausbleibens am Sonnabend und heute. Sie hat sich sehr gebrochen, meist Galle und Schleim. Es ist vielleicht das wenige fettlose Essen, das ich ihr nur geben kann; es ist zu schwach.“ „Dieses Kind hat häufig weder ein erstes noch ein zweites Frühstück.“ „Ich kann mein Kind nicht in die Schule schicken, weil es so hungrig muß. Seit mein Mann tot ist, haben wir noch kein Mittagbrot gegessen, ab und zu einmal aus der Speisekammer. Ich muß gewärtig sein, der Junge bricht mir zusammen. Ich selbst kann mich kaum auf den Beinen halten. Wenn man nichts ist als alle Tage ein Stück Brot, das soll Kraft machen, und auch noch trocken. Ich esse einmal etwas Marmelade. Und jetzt haben wir gar kein. Es kommt bei ihm nur Schleim heraus. Wenn es bloß alle wäre, daß man nicht so duden muß. Es ist zum Erbarmen, wenn man seinen Körper sieht.“

Sie können diese erschütternden Zeugnisse fürchtbarster Not festlesen. Unter der vollkommensten aller Wirtschaftssystemen, wie vorher wird, wird der letzte Rest der Volkskraft, wird die Zukunft unsers Volkes vernichtet. Sei gefühlten Schreien, nach einer der besten Ernten, die Deutschland jeit langen Jahren aufzuweisen hat, bei Missernten und Ansammlung größter Vermögen in Industrie, Handel und Landwirtschaft verhungert buchstäblich das Volk, verhungern unsere Kinder. Die Kinder, von denen wohl überhaupt nur ganz wenige, solange sie leben, ausreichend genährt worden sind. Die lange werden sie mit ihren geschwächten Körpern dem Hunger noch widerstehen, in ungeheurer und mangelhaft gezeigten Räumen, mit Kleidung, die kaum noch die Blöße bedeckt, ohne ordentliches Schuhwerk in den Wintermonaten?

Es ist die vielgepriesene kapitalistische freie Wirtschaft, die die armen Kinder, Frauen und Männer so leiden läßt. Die Sozialdemokratie fand in ihrem jahrelangen Kampf um eine regierte Wirtschaft nicht das notwendige Verständnis und keine ausreichende Unterstützung. Nicht einmal bei den Lohn- und Gehaltsempfängern. Auch diese liegen sich von der bürgerlichen Presse beeinflussen, die der Sozialdemokratie nachgibt, sie wolle Handel und Wandel unter die Fuchel der Bureaucratie bringen, die Wirtschaftskraft ver-

ewigen. Die Sozialdemokratie wollte keine Bureaucratie und keine Exzentrane, sondern planmäßiges Wirtschaften, das von einer Verantwortung getragen ist, das nicht von Willkür und Spekulation zu einem Söllentanz gemacht wird. Man wird in Deutschland dazu kommen müssen, weil ganz Deutschland nicht bestehen kann. Man wird dazu kommen, wenn Millionen gestorben und verdorben sind.

**Wanderung des Anzeigenpreises**

Die Schlüsselzahl des V. D. Z. V. ist von heute an erhöht auf **250 Millionen.**

**Verlag der „Volksstimme“.**

— Die Goldpreise der Eisenbahn. Die Einführung der Goldpreise auf der Eisenbahn hat unhaltbare Zustände geschaffen. Die Verursächigen, die Papierlohn erhalten, sind häufig nicht imstande, die Wochenkarten zu kaufen, weil sie so viel kosten, wie sie in der vorhergehenden Woche an Lohn erhalten haben. Diese Tatsache, über die der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zahlreiche Eingaben zugegangen sind, hat sie veranlaßt, im Reichsverkehrsministerium dringend Vorstellungen zu erheben, damit dieser unhaltbare Zustand abgeklärt wird.

— Immer feste druff! Die Rückkehr des ehemaligen Kronprinzen nach Deutschland hat, wie vorauszuheben, unter der Arbeiterschaft große Erregung hervorgerufen. Das ist auch zu verstehen, denn sie haben zur Genüge erfahren, daß alle Dumtheiten der Regierungen die werktätigen Massen bejahen müssen mit Gut und Blut. Der Beschluß, so behauptet eine Korrespondenz in bürgerlichen Kreisen, im Kabinett auch mit Zustimmung der damaligen sozialdemokratischen Minister gefaßt worden. Diese Behauptung können wir nicht nachprüfen. Wir glauben auch nicht, daß sie zutreffend ist. Denn wenn man sich zur Zeit der Erteilung der Einreiseerlaubnis auch über die inneren Wirkungen täuschen konnte, so mußte man doch voraussehen, daß die Rückkehr uns im Ausland auf jeden Fall schädigen mußte. Wir sind der Überzeugung, daß unsere Genossen im Ministerium diesen Standpunkt vertreten haben.

— Kurzlöh für Angestellte. Bei der zunehmenden Kurzarbeit für Angestellte hat sich der Zentralverband der Angestellten mit der Kurzlöhntabelle des Arbeitsamts in Verbindung gesetzt, um auch für die kurzarbeitenden Angestellten Entschädigung zu erwirken. Der Zentralverband der Angestellten weist darauf hin, daß auch Angestellte, die täglich 6 Stunden arbeiten, Unterstützung beantragen können. Die Angestelltenvertretungen müssen veranlassen, daß gemeinschaftliche Anträge bei der Kurzlöhntabelle eingereicht werden, damit den Angestellten ein Teil des Gehaltsausfalls vergütet wird.

— Unterricht bei der Reichswehr. Im Mai 1921 bewarb sich der Genosse Lehner Petri bei dem hiesigen Truppschulleiter Schreiber um Unterrichtsstunden bei der Reichswehr und erhielt den Bescheid, daß er in der Bewerberliste notiert sei. Inzwischen sind 2 1/2 Jahre verstrichen und Petri wurde immer noch nicht einberufen, obgleich im Laufe der Zeit doch auch solche Lehrer zu Unterrichtsstunden herangezogen wurden, die erst innerhalb dieser 2 1/2 Jahre nach Magdeburg gekommen sind. Genosse Petri fragte deshalb jetzt wieder bei Schreiber an und erhielt abschlägigen Bescheid. Auf eine nunmehrige Anfrage bei der Inspektion der Heeresfachschule beim Wehrkreiskommando 4 zu Dresden ist nun an Genossen Petri die Antwort ergangen, daß die Berufung der nebenamtlichen Lehrer ausschließlich Angelegenheit der für den Unterricht verantwortlichen Truppenkommandeure sei, welche die Auswahl in Gemeinschaft mit den Truppenunterstützungsleitern vollziehen. Die Division ist nach den von ihr „angestellten Erhebungen“ nicht in der Lage, an dem an Genossen Petri zugegangenen Bescheid etwas zu ändern. Ob sich diese „Erhebungen“ auf die politische Gesinnung bezogen haben? Petri hat sich nun an den Reichswehrminister gewandt.

— Es läßt sich auch im Gefängnis leben, wenn man über genügend Geldmittel verfügt und an „menschenfreundliche“ Aufsichtsbearbeiter kommt. Das zeigte sich bei einer Verhandlung vor dem hiesigen Landgericht. Armen Schuldern blüht nirgends das Glück, am allerwenigsten im Gefängnis. Beim geringsten Vergehen werden sie mit Haftstrafe oder anderen Disziplinarmaßnahmen bestraft. Nach der Anklagezeit muß es im hiesigen Gerichtsgefängnis im Jahre 1920 manchmal toll zugegangen sein. Beschlagene wurden abgehalten, bei denen es hoch herging. Speien jeder Art gelangten in die kahlen Zellen zahlungsfähiger Häftlinge, wodurch denen das entönte Gefängnisleben recht erheblich erleichtert wurde. Bei einem Gelage mußten vier Flaschen Bordeaux, zwei Flaschen Weißwein, zwei Flaschen Kognak daran glauben. Die Kneipierten fanden in den Zellen der Inhaftierten statt. Häftlinge und Aufsichtsbearbeiter in trauten Verein. Die Aufsichtler sorgten dafür, daß bei Morgen- und Abendessen die „Kanteln“ zueinander wieder ordnungsgemäß in ihre Zellen kamen. Außerdem blühte ein umfangreicher Schmuggelverkehr der Gefangenen auf Zigaretten, Schokolade und anderen Bedürfnissen vor. Als Vermittler betätigten sich einige der angeklagten Aufsichtler. Auch ein regelmäßiger Viepferkehr zwischen den Gefängnisinsassen und deren Angehörigen war monatlang im Schwange. Als Angeklagte standen vor Gericht die Hilfswachmeister Gustav Hippel und Karl Busse und der Oberwachmeister Franz Reich, ferner der als Gefängniswärter beschäftigte Häftling Kaufmann Heinz Arnold, der Kaufmann Franz Bunge, der Segler Willi Berg, die Frau des Hippel und eine Frau Levy aus Berlin, deren Mann in der fraglichen Zeit ebenfalls als Untersuchungsgefangener im Gefängnis weilte. Nach zweitägiger Verhandlung wurde folgendes Urteil gefällt: Hippel und Berg wegen schwerer Verletzung je 9 Monate, Busse 5 Monate, Arnold 2 Monate, Frau Hippel 1 Monat, Bunge 2 Monate und Frau Levy je 2 Wochen Gefängnis. Berg erhielt 1 Billion Mark Geldstrafe. Frau Hippel und Frau Levy sowie dem Bunge wurde eine Bewährungsfrist gewährt.

— Unfall. Gegen 7 Uhr stürzte in der Kölner Straße der Geschirrführer Adam F. aus Ellerell bei Angern aus der Schoffelle seines Wagens und geriet unter die Räder. Mit beträchtlichen Verletzungen an Kopf und an der rechten Hand mußte sich der Mann, welchen in der benachbarten Hauptfeuerwache Notverbände angelegt wurden, zur ärztlichen Behandlung in das altstädtische Krankenhaus begeben.

— Lebensmüde. In einem Unfall von Lebensüberdruß suchte am Montag vormittag die 63jährige Ehefrau Luise M., in der Unterstraße wohnhaft, den Tod durch Selbstmord. Die bedauernswerte Frau, welche seit längerer Zeit an einem schweren Leiden erkrankt ist, wurde von ihrem mittags heimkehrenden Ehemann bemerkt, aufgefunden und dann mittels Krankenwagens ins Krankenhaus Kispfad gebracht.

— In das Schaufenster gefahren. Am Montag nachmittag wollte ein Passant von der Palaststraße in die Hummelstraße einbiegen. Eine Kadlerin kam dabei in Gefahr überfahren zu werden. Der Fahrer des Autos konnte das Unglück nur dadurch verhindern, daß er seinen Wagen an den Bürgersteig lenkte. Dabei wurde die große Schaufenster Scheibe der Kadberger Futfabrik in der Hummelstraße vollständig zertrümmert.

— Namensgleichheit. Die Witwe Berka Maqdans, Schornborststraße 4, bietet uns mitteilen, daß der in der gestrigen Nummer erwähnte Fritz Maqdans nicht zu ihrer Familie gehört.

— Wiedereröffnete Kriminalwache. Die im alten Polihaus, Neue Uferstraße 2, vor einiger Zeit geschlossene „Kriminalwache“ ist am 12. d. M. wieder geöffnet worden. Es sind dort einige Kriminalbeamte zur Aufnahme „liger Anzeigen und zum Eingreifen in besonders eiligen Fällen zu jeder Tages- und Nachtzeit zur Verfügung.

— Bligableiterliebhaber. Während der Vorstellung im Zirkus am Montagabend wurden zwei Männer beobachtet, die sich in verdächtig Weise auf dem Dache des Zirkus beschäftigten. Bei näherem Zusehen durch einen Angestellten stellte sich heraus, daß es sich um Abendarbeit auf den Bligableiter und der Kupferdrablenleitung abgeben war. Die Leitung war bereits abmontiert und lag zum Mitnehmen fertig da. Während der wertvolle Kupferdraht gereift werden konnte gelang es den Lauffingern, die es vornehmlich auf die Leitung des Bligableiters abgesehen hatten, unerkannt zu entkommen.

— Großer Lederdiebstahl. 138 verarbeitbare Nappafelle und 75 roibraune Glaclederselle sind in der Nacht zum 17. d. M. mittels Einbruchs in einem Nachbarort gestohlen worden.

— Ferner wurden gestohlen: aus einer Garderobe des Stadttheaters ein goldener Damening mit vier Brillanten und drei blauen Saphiren; aus einem Logerraum in der Stolpestraße ein kupferner Badesofen mit Brause; aus einem Café am Breiten Wege ein dunkelbrauner Damenmantel; aus einer Wohnung in der Stiftstraße eine goldene Damenuhr mit langer goldener Kette.

— Feuer. In einem Vorratsraum des im Hause Otto-von-Guericke-Straße 57 befindlichen Restaurants waren am Montagabend gegen 11 Uhr Zigarrenstüben und Einrichtungsgegenstände in Brand geraten. Das Feuer, das vermutlich durch jahrelanges Umgeben mit Streichhölzern entstanden war, konnte in kurzer Zeit von dem um 10.40 Uhr alarmierten Vöschzug 1 gelöscht werden.

Sozialistischer Arbeiter-Jugendbund Groß-Magdeburg. Singen: Mittwoch 1/2 Uhr Frankenstein. — Arbeiterkinderfreunde: Vortrag: Die Woche o. Millarden. — Sesseltische Jugendversammlung: Vortrag: Dienstag 1/2 Uhr Apfelstraße 9. Eintritt o. Millarden.

Theater, Konzerte, Vorträge etc.

Stadttheater. Mittwoch (5. Abend): Sygus und sein Ring. — Donnerstag (außer Besuch): Nigolotto. — Freitag (6. Abend): Der Waffenmeister. — Der Vorverkauf zur Nigolotto-Aufführung beginnt am Mittwoch vorm. 10 Uhr. — Wilhelm-Theater. Mittwoch (Vorstellung für die Volkshöhle): Theater und Kunst: Ein Kaufmann. — Donnerstag (Vorstellung für die Volkshöhle, 7. Abend): Der Revolver. — Freitag (Vorstellung für die Volkshöhle, 8. Abend): Der Revolver.

Die Firma Albert Schwegler steht am heutigen Tage auf ein 50jähriges Bestehen zurück. Der 1917 verstarbene Senior der Firma, der Friseurmeister Albert Schwegler, gründete mit seiner Ehefrau, die noch heute im Geschäft tätig ist, in der Stephanstraße am 15. November 1873 ein Friseurgeschäft. Aus kleinen Anfängen heraus hat die Firma eine derartige Entwicklung genommen, daß sie heute das größte Friseurgeschäft der Provinz Sachsen ist. Neben dem Friseurgeschäft, welches seit über 30 Jahren sich in der Stephanstraße befindet und einem Detail-Geschäft Große Marktstraße 13 betreibt, die Firma noch ein Engros-Geschäft unter dem Rathaus-Kolonnaden und einen Engros-Handel in Saaren und Haararbeiten. Der Sohn des Gründers, der Friseur- und Perückenmachermeister Max Schwegler, ist mit seiner Gattin im Jahre 1904 in die Firma eingetreten. Herr Kaufmann Albert Dalmair ist im Jahre 1919 in die Firma als Mitinhaber eingetreten. Die Firma erfreut sich inner- und außerhalb Magdeburgs des besten Rufes. 1893

Nachrichten aus der Provinz.

Parteinachrichten.

Stendal. V. S. D. D. Ortsgruppenvorstand und Bezirksassistent. Am Mittwochabend im Parteifunktionär wichtige Sitzung. — Arbeitslosen-Verein: Vortrag: Donnerstagabend 8 Uhr im Parteifunktionär.

Arbeiter-Sonnenverein. Stendal. Sozialistische Arbeiterjugend. Dienstagabend 8 Uhr Tanz- und Gesangsabend.

Kreis Neuhalbensleben.

Neuhalbensleben. Eine Vollversammlung der Parteifunktionäre findet am Mittwoch den 14. November, abends 8 Uhr, im Reichenaal der Mittelschule statt. Unter anderem spricht Kollege Feldman über die sozialpolitischen Verordnungen nach dem Ermächtigungsgesetz. Da auf dem Gebiet der Sozialgesetzgebung erhebliche Änderungen eingetreten sind, ist es dringend notwendig, daß jedes Parteimitglied die Vollversammlung besucht.

Kreis Wanzleben.

Groß-Öttersleben. Die Parteifunktionäre besaßen sich mit der Brotversorgung der Gemeinde. Genosse Graf berichtete, daß auf seinen Antrag der Gemeindevorsteher vor etwa 14 Tagen die Landwirte, Bäcker und Mehllieferanten eingeladen hatte, um Maßnahmen beraten zu können, damit die Brotversorgung sichergestellt würde. Es ist vorgekommen, daß einige Tage lang ganz ausgenügende Brotvorräte vorhanden waren, wodurch Mißbilligkeiten mit den Bäckern entfielen. Die an den Genossen Graf in der fraglichen Sitzung gerichtete Bemerkung, es an seiner Stelle besser zu machen und die Erregung über die berechnete Kritik, ist den Funktionären unverständlich. Sollte der Vorsteher antwunde sein, so mag er gehen. Er läßt damit einem allgemeinen Wunsch nach, fest steht, daß der Vorsteher am Montag den 5. November zum ersten Male im Landratsamt wegen der Brotversorgung vorpraktisch nachden ein Angeklagter der Gemeinde einige Tage vorher telephonisch Auskunft erbeten hatte. Deshalb also die Erregung, wenn kritisiert wurde, daß er vorher, ehe der Antrag unserer Genossen einliefe, nichts unternommen hatte? Die sozialdemokratische Fraktion wird sich mit dieser Angelegenheit noch beschäftigen. Genosse Liege konnte noch berichten, daß einige Genossen des Parteivereins Klein-Öttersleben wegen des kürzlich erschienenen Artikels, der sich eingehend mit dem Vorsteher beschäftigte, vom Amtsvorsteher in Verhör genommen sind. Glaubt der Vorsteher eine Verurteilung verhängen zu können? Er möge sich um andre Dinge kümmern, als nach dem Artikelschreiber zu forschen. — Die Kohlenlieferungen an einige in den Schulen wohnende Lehrer wurden lebhaft kritisiert, ebenso die neue Verordnung über Fleischbesatz, durch die den kleinen Leuten das Schwein unnützlich veräuert wird. Diese Verordnung ist jedoch für den Kreis Wanzleben vorläufig noch nicht in Kraft getreten. Es besteht die Aussicht, daß sie wieder aufgehoben wird. Die Rollen für die unter Leitung des Schiffsen Duderstadt erfolgte Kanalisierung der Halberstädter Straße wird als Wegwerfen von Gemeindegeldern betrachtet werden. — Einige Metallarbeiter, die das Amt eines Unterleiters übernehmen wollen, können sich beim Bezirksassistenten Graf melden. — Die Mitgliederversammlung der Partei findet am Donnerstag in der Mädchenschule statt.

Kreis Jerichow 1.

Burg. Versammlung der Parteifunktionäre. Am Mittwochabend 1/2 Uhr findet in der „Zentralhalle“ eine wichtige Versammlung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten statt. Gausleiter Köber wird über die Auswirkungen des Ermächtigungsgesetzes auf die Kriegsgopfer sprechen. Vorführung orthopädischer Glieder.

Gerwisch. Der Parteiverein hält am Donnerstag, abends 8 Uhr, seine Versammlung beim Vorsitzenden Genossen Bunjas, Seedorfer Straße 2 ab.

Sommern. Heißt das Elend mildern! Durch die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse wird die Not breiter Volksschichten immer größer. Die meisten Arbeiter sind nur verkräftigt beschäftigt oder gänzlich auf die Erwerbslosenunterstützung angewiesen. Das Elend wird von Tag zu Tag unerträglich. Am meisten haben aber unter den jetzigen Verhältnissen die erwerbsfähigen armen Leute zu leiden, die nur auf Rente oder Armenunterstützung angewiesen sind. Kein

